

Nr. 15/16 vom 7.12.2015

Arbeitskreis „Energie & Verkehr“

Integration der Elektromobilität in die kommunale Verkehrsplanung

Berlin. Im Juni 2015 ist das Elektromobilitätsgesetz in Kraft getreten. Mit der darauf aufbauenden „Förderrichtlinie Elektromobilität“ unterstützt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die Einführung dieser Technologie in den Kommunen. Die Frage, wie dieser Integrationsprozess voran gebracht werden kann, diskutierte das Forum für Zukunftsenergien in der Sitzung seines Arbeitskreises „Energie & Verkehr“ am 2. Dezember 2015.

Das erklärte Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die deutschen Straßen zu bringen, könne erreicht werden, ungeachtet des Sachverhaltes, dass Ende Oktober 2015 nur 42.000 Elektrofahrzeuge in Deutschland gemeldet gewesen seien. Diese Auffassung unterstrich Dr. Christian Schlosser, Referent, Referat G21, Elektromobilität, BMVI. Die Bundesregierung sehe die Elektromobilität weiterhin als Schlüsseltechnologie an und wolle Deutschland als Leitmarkt und Leitanbieter der Elektromobilität etablieren. Der Markthochlauf der Elektromobilität werde im Rahmen einer neuen Förderrichtlinie unterstützt. Die Förderung bei der Beschaffung von Elektrofahrzeugen im kommunalen Kontext und des damit verbundenen Aufbaus der öffentlichen Ladeinfrastruktur zähle dazu. Ferner die weitere Forschung sowohl vor Ort bei der Erarbeitung neuer Elektromobilitätskonzepte, als auch die technische Forschung, wie zum Beispiel in der Batterietechnik oder der Demonstration von innovativen Mobilitäts- und Logistikkonzepten.

Die Bundesregierung sehe große Potentiale der Elektromobilität in den Kommunen, da Probleme wie begrenzte Reichweiten dort nur bedingt eine Rolle spielten und die Vorteile beim Lärmschutz und der Luftreinhaltung sich zusätzlich positiv auswirkten.

„Die Städte zählen inzwischen zu den Hauptakteuren“ bestätigte auch Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, Vize-Präsident, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), zumal sich das Mobilitätsverhalten der Menschen in den letzten Jahren stark gewandelt habe. Bereits 40 Prozent der Bevölkerung erreiche seine Ziele mit einer Kombination von verschiedenen Verkehrsmitteln, so dass sich die Elektromobilität in den Städten gut integrieren lasse. Der hohe Absatz neuer elektrischer Verkehrsmittel, wie den E-Bikes und den Pedelecs, von denen 2012 in Deutschland pro Jahr bereits 400.000 verkauft wurden, belege dies. Dennoch müsse deutlich mehr zur Integration der Elektromobilität getan werden. Prof. Beckmann riet bei der Förderung zu einem systemischen Ansatz, durch den sowohl konsistente Rahmenbedingungen für neue Projekte geschaffen als auch das Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsträger unterstützt würde. Schließlich sei die Integration der Elektromobilität eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die es neben der technischen Seite zu beachten gelte.

Thomas Kiel, Leiter Referat Verkehr und Tiefbau, Deutscher Städtetag, betonte: „Elektromobilität ist mehr als Auto“. So böten sich im städtischen Raum weitere elektrische Verkehrskonzepte an, die zum Teil, wie etwa der Einsatz von

Oberleitungsbussen, bereits bekannt sind.

Von der Freigabe von Busspuren für den privaten Elektroverkehr riet er ab, da es dadurch zu Konflikten mit dem öffentlichen Personennahverkehr kommen könne. Als eines der Hauptproblemfelder im Integrationsprozess bewertete er die Ladeinfrastruktur, die sowohl diskriminierungsfrei als auch technologieoffen sein müsse. Weitere Möglichkeiten sah er im Einsatz von elektronischen Medien, die gute Chancen böten, um die verschiedenen Verkehrsmittel miteinander zu verknüpfen.

Die anschließende Podiumsdiskussion mit den Abgeordneten Steffen Bilger (CDU/CSU), Kirsten Lühmann (SPD), Thomas Lutze (DIE LINKE.) sowie Dr. Valerie Wilms (Bündnis 90 / Die Grünen) moderierte Birgitta Worrington, Leiterin der Unterabteilung G2, Umwelt und Verkehr, BMVI, und ehrenamtliche Vorsitzende des Arbeitskreises „Energie & Verkehr“.

Diskussionsgegenstand bildete dabei die Frage, ob die Technologien und Ansätze im Bereich der Elektromobilität bereits ausreichend ausgereift seien, um sie verstärkt zu fördern oder ob weiterhin ein eher technologieoffener Ansatz verfolgt werden sollte. Hierzu vertrat Bilger die Auffassung, dass beispielsweise auch die Wasserstofftechnologie weitere Fortschritte aufweise und inzwischen ein Tankstellennetz aufgebaut werde. Auch Lutze sah die Elektromobilität kritisch, da es zwar durchaus Infrastruktur und Anreize wie spezielle Parkplätze gebe, jedoch konkurrenzfähige Fahrzeuge fehlten. Dem widersprach Lühmann mit dem Hinweis, dass die am Markt vorhandenen Elektrofahrzeuge eine ausreichende Reichweite anböten, um für den täglichen Pendelverkehr von durchschnittlich 25 Kilometern eingesetzt werden zu können. Als problematisch sah sie jedoch die fehlende Rechtssicherheit bei neuen Mobilitätskonzepten wie Car-Sharing und E-Parkplätzen an, die sich derzeit noch in einer rechtlichen Grauzone bewegten. Weiter betonte sie, dass die Bundespolitik nur Planungssicherheit gewähren könne. Handeln müssten aber die Kommunen selbst. Dr. Wilms schlug vor, elektrische Verkehrsmittel, wie etwa das Pedelec, zu bezuschussen und forderte, eine arbeits- und lebensgerechte und keine verkehrsgerechte Stadt zu schaffen.

Die Präsentationen der drei Referenten stehen für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine Mail an: info@zukunftsenergien.de .

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich bei der Deutsche Bank AG für die Gastfreundschaft.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verband gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Gregor J. Weber M.A.
Referent
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
weber@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de